

Handbuch Familiensteuerrecht

Bearbeitet von
Dr. Christof Münch

1. Auflage 2015. Buch. XXXII, 490 S. In Leinen
ISBN 978 3 406 66405 2
Format (B x L): 14,1 x 22,4 cm

[Steuern > Steuerrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



beck-shop.de
Christof Münch
Handbuch Familiensteuerrecht
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
Handbuch
Familiensteuerrecht

von

Dr. Christof Münch
Notar in Kitzingen

2015



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 66405 2

© 2015 Verlag C.H. Beck oHG,
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH
Neustädter Straße 1–4, 99947 Bad Langensalza
Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Für den Abschluss und die Ausgestaltung familienrechtlicher Verträge sind häufig steuerliche Gründe bestimmend. So wird etwa der Güterstand mit Rücksicht auf schenkungsteuerliche Folgen oder eine ins Auge gefasste Güterstandsschaukel gewählt. Bei Scheidungsvereinbarungen muss sichergestellt sein, dass die Regelungen der Vertragsteile möglichst wenig Steuern auslösen. So sind etwa Abfindungen aus dem Betriebsvermögen ebenso zu vermeiden wie Eigentumsübertragungen, die zu steuerbaren privaten Veräußerungsgewinnen führen. Bei Unterhaltszahlungen muss überlegt werden, wie diese am ehesten steuerlich geltend gemacht werden können.

So konnte ich in meiner langjährigen Praxis als Notar beobachten, dass eine große Zahl von Mandanten gerade durch ihren Steuerberater, der ein Dauermandat hat und daher bei allen familienrechtlichen „Risikoentwicklungen“, sei es Hochzeit, Krankheit oder Tod, erster Ansprechpartner ist, auf die Notwendigkeit familienrechtlicher Regelungen hingewiesen wurden.

Zum Erreichen des für den Mandanten optimalen Vertrages ist heute ein Zusammenwirken der rechtlichen und steuerlichen Berater unerlässlich, bei dem jeder aus seiner Verantwortung heraus den ihm anvertrauten Bereich zur Geltung bringt. Dieses Zusammenwirken wird dann für den Mandanten am besten funktionieren, wenn jeder Dienstleister auch über Grundkenntnisse aus dem jeweils anderen Bereich verfügt, denn dies erst erlaubt ein zielführendes Zwiegespräch. Diesem Anliegen will das vorliegende Buch dienen, um den steuerlichen Berater mit den aus seiner Sicht wichtigen Grundkenntnissen der familienrechtlichen Vertragsgestaltung vertraut zu machen. Soweit Formulierungsvorschläge gegeben werden, sind diese als Anregung gedacht. Ihre Verwendung obliegt in jedem einzelnen Fall dem Anwender in eigener Verantwortung.

Es würde mich freuen, wenn das Buch in diesem Sinne gute Aufnahme fände. Zögern Sie nicht, sich bei Fragen, Anregungen, Kritik oder auch Lob an den Autor zu wenden (kt@notariat-kitzingen.de).

Kitzingen, im März 2015

Dr. Christof Münch


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXVII
1. Teil. Die Bedeutung des Familienrechts für die steuerliche Beratung und Gestaltung	1
2. Teil. Aufgaben und Möglichkeiten des Steuerberaters in familienrecht- lichen Rechtsbeziehungen	95
3. Teil. Ehe recht	133
4. Teil. Scheidung und Scheidungsvereinbarungen	273
5. Teil. Recht der Minderjährigen	319
6. Teil. Abstammung, Adoption	341
7. Teil. Patchworkfamilie	359
8. Teil. Eingetragene Lebenspartnerschaft	379
9. Teil. Nichteheliche Lebensgemeinschaften	391
10. Teil. Vorsorgevollmachten	417
11. Teil. Gesellschaftsrecht	443
Stichwortverzeichnis	477

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

INHALTSVERZEICHNIS

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXVII
1. Teil. Die Bedeutung des Familienrechts für die steuerliche Beratung und Gestaltung	1
A. Checklist: Familienrecht in der Praxis des Steuerberaters	3
I. Einführung	3
1. Steuerberatung 2020	3
2. Familienrechtscheck als Nebenleistung	4
3. Steuerberaterpflichten nach Änderung der Familienkonstellation ..	4
II. Checklist	5
B. Familie und Gestaltung	8
I. Steuerliche Vorteile der Ehe oder Familie	8
1. Zusammenveranlagung	9
2. Begrenztes Realsplitting	11
3. Doppelte Freibeträge	12
4. Sonstige Vor- und Nachteile	12
II. Einkommensverlagerung	12
1. Zweck einer Einkommensverlagerung	12
2. Mittel zur Einkommensverlagerung	13
III. Haftungsgünstige Vermögensverteilung	15
1. Asset Protection – Vermögensstrukturberatung im Familienrecht ..	15
2. Anfechtbarkeit und Pfändbarkeit	16
3. Maßnahmen zur Asset Protection	18
a) Vermögenstrennung	18
b) Güterrechtliche Maßnahmen	19
aa) Anfechtbarkeit güterrechtlicher Verträge	19
bb) Güterstandsbeendigung	22
cc) Güterstandsschaukel	28
c) Vermögensübertragung auf den Ehegatten oder Kinder	32
aa) Ehegattenzuwendung	32
bb) Zuwendung an Kinder	43
d) Familienstiftung	44
IV. Haftungs- und steuerbedingte Vermögensstrukturplanung	45
1. Vermeidung von Betriebsvermögen	45
2. Einnahmeplanung zur Ausnutzung steuerlicher Freiräume	50
3. Gesteuerter Vermögenszuwachs	50
4. Generierung erbschaftsteuerlicher Freibeträge	50
5. Familienheim	51
6. Gesellschaftsrecht zur Einbindung und zum Hineinwachsen	54
a) Familiengesellschaften als Typusvariation	54
b) Vorteile gesellschaftsrechtlicher Bindung	55
7. Scheidungsvorsorge	56

V. Steuerliche Gestaltungen wie unter Fremden	56
1. Darlehensverträge	57
a) Zivilrechtliche Voraussetzungen	57
b) Zivilrechtliche Folgen	58
c) Ehegattendarlehen und Schenkungssteuer	58
d) Ehegattendarlehen und Einkommensteuer	61
2. Arbeitsverträge	63
a) Familienrecht und Arbeitsvertrag	63
b) Ehegattenarbeitsverhältnis und Arbeitsrecht	64
c) Steuerrechtliche Anerkennung von Ehegattenarbeitsverträgen	65
3. Sonstige Verträge	67
VI. Familie ohne rechtliches Band	69
1. Familienbegriff	69
2. Rechtliche Behandlung	70
C. Familiäre Entwicklungen als Gefahrenpotential	71
I. Trennung	71
1. Bedeutung der Trennung für die Scheidungsfolgen	71
2. Trennung bei Vorhandensein von Gesellschaften	73
3. Auswirkungen der Trennung im Steuerrecht	73
4. Handlungsbedarf für bestehende Verträge oder Vollmachten	74
II. Ehescheidung	75
1. Zugewinn	75
2. Unterhalt	76
3. Testamente und Erbverträge	76
4. Gestaltungsmöglichkeiten	77
5. Beendigung von Steuerkonstruktionen	78
III. Krankheit	79
1. Vertretungsverhältnisse	79
2. Gesetzliches Konzept der Betreuung	79
3. Vorsorgevollmacht	80
IV. Tod	81
1. Gesetzliche Erbfolge	81
2. Letztwillige Verfügungen	81
3. Transmortale Vollmachten	82
4. Zugewinn	82
5. Pflichtteilsrecht	82
6. Erbrecht und Gesellschaftsrecht	84
D. Familienrecht im Wandel	84
I. Familie im gewandelten gesellschaftlichen Umfeld	85
1. Art. 6 GG als Grundnorm	85
2. Zerrüttungsscheidung	85
3. Gleichstellung nichtehelicher Kinder	86
4. Lebenspartnerschaft	87
5. Nichteheliche Lebensgemeinschaft	87
6. Ehen mit Auslandsberührung	88
II. Reformgesetze im Eherecht	88
1. Unterhaltsrecht	88
2. Versorgungsausgleich	89
3. Zugewinn	90
III. Inhaltskontrolle ehelicher Verträge	90
1. Rechtsprechungswandel bei Eheverträgen	90

2. Inhaltskontrolle	91
3. Praktische Schlussfolgerungen	91
a) Altverträge auf dem Prüfstand	91
b) „Weniger ist mehr“	92
c) Steuerlich erwünschte Nichtigkeit von Verträgen	92
IV. Nebengüterrecht	93
V. Rechtliche Anerkennung der Familie außerhalb der Ehe	93
2. Teil. Aufgaben und Möglichkeiten des Steuerberaters in familienrechtlichen Rechtsbeziehungen	95
A. Gestaltungsimpulse	97
I. Firmengründung	97
1. Inhaber	97
2. Rechtsform	98
3. Vermögensverteilung und Steuern	99
4. Scheidungsvorsorge	100
5. Krankheitsvorsorge	100
6. Tod	100
II. Firmenänderung	103
1. Familienrechtliche Verfügungsbefugnis	103
2. Überprüfung Ehevertrag	103
III. Firmenübertragung	104
1. Übergeberseite – grundlegende Vermögensänderung	104
2. Übernehmerseite	107
3. Anpassung bestehender Gesellschaftsverträge	107
IV. Geburt oder Annahme von Kindern	108
1. Abstammungsrechtliche Fragen	108
2. Erb- und pflichtteilsrechtliche Auswirkungen	109
3. Prüfung von gesellschaftsvertraglichen Klauseln	109
4. Patchworkkinder	110
V. Heirat/Partnerschaft	110
1. Vorsorgende Ehe- und Partnerschaftsverträge	110
2. Nichtbeachtung gesellschaftsrechtlicher Klauseln	111
3. Sicherung des Ehepartners im Todesfall	111
4. Steuergestaltung mittels Ehegatten	111
5. Betriebliche Mitarbeit regeln	111
VI. Krankheit, Tod, Scheidung	112
VII. Vertrags-TÜV	112
1. Dauermandat	112
2. Datenpflege	112
B. Steuerliche Vertragsoptimierung	113
I. Steuerliche Auswirkungen vertragsbestimmend	113
1. Interprofessionelle Zusammenarbeit	113
2. Steuerliche Zielvorstellung übermitteln	113
3. Vertragsentwürfe überprüfen	115
II. Schädlichkeitsscan gegebener Vertragsentwürfe	115
1. Typische Konfliktpotentiale	115
2. Begrenzte steuerliche Aufklärungspflicht anderer Berufe	116
3. Steuerrechtlicher Vergleich familienrechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten	117
III. Haftungsrechtliche „Abänderungssperre“	117

C. Einseitige Steuerliche Beratung	118
I. Gemeinsames Mandat von Ehegatten	118
1. Gemeinsamer Auftrag von Ehegatten	118
2. Verbot der Vertretung widerstreichender Interessen	118
II. Widerstreichende Interessen durch Scheidungssituation	119
III. Einseitiges Mandat	120
D. Berechnung latenter Steuern im Familienrecht	121
I. Unternehmensbewertung und latente Steuer	121
1. Grundsätze der Unternehmensbewertung im Familienrecht	121
2. Die Berücksichtigung der latenten Ertragsteuer bei der Unternehmensbewertung	123
3. Latente Ertragsteuer auch bei der Pflichtteilsberechnung?	123
II. Latente Steuer bei allen Vermögensgütern	124
1. Latente Ertragsteuer nunmehr bei allen Vermögensgütern	124
2. Begriff der latenten Steuerbelastung	125
3. Betroffene Vermögensgüter und Bewertungsprobleme	126
a) Firmenvermögen	127
b) Immobilien	127
c) Wertpapiere	127
d) Lebensversicherungen	128
4. Die Berechnung der latenten Ertragsteuer	129
5. Anfangs- und Endvermögen	130
6. Familienrechtliche Konsequenzen aus der neuen Rechtsprechung	130
7. Kritik am Abzug der latenten Ertragsteuer	130
3. Teil. Ehe recht	133
A. Die Güterstände	138
I. Zugewinnsgemeinschaft und vertragliche Modifizierung	138
1. Ausgleich bei Beendigung des Güterstandes	138
a) Tod	138
aa) Pauschalierter Zugewinn	138
bb) Güterrechtlicher Zugewinn	139
b) Scheidung	140
c) Ehevertrag	140
2. Anfangs- und Endvermögen	140
a) Stichtage	140
b) Abgrenzung	141
c) Berechnung	143
aa) Negatives Vermögen	143
bb) Privilegiertes Vermögen	143
cc) Indexierung	144
dd) Vermutung des § 1377 Abs. 3 BGB	144
ee) Hinzurechnungen zum Endvermögen	144
ff) Vermögenswertbegrenzung	145
d) Bewertung	145
aa) Unternehmensbewertung	145
bb) Grundstücksbewertung	151
cc) Vorbehaltsrechte	151
3. Verfügungsbeschränkungen	152
a) Gesamtvermögensgeschäft	152
b) Subjektive Theorie	153
c) Zeitlicher Anwendungsbereich	153

d) Folgen fehlender Zustimmung	154
e) Ehevertragliches Abbedingen	154
4. Ehevertragliche Modifikationen	154
a) Herausnahme des Unternehmens	155
b) Ausschluss des Zugewinns bei Scheidung	158
c) Ausschluss Elternvermögen	159
d) Höchstbetrag	160
e) „Vorverlegung“ der Anfangsvermögensberechnung	161
f) Zweistufiger Ehevertrag	162
II. Gütertrennung	163
1. Gütertrennung für dynastisches Vermögen und „zweiten Frühling“	163
2. Richterliche Vermögenskorrektur	163
3. Vereinbarung von Gütertrennung	164
4. Aufhebung der Gütertrennung mit rückwirkender Vereinbarung von Zugewinngemeinschaft	164
5. Güterstandsschaukel	167
III. Gütergemeinschaft	167
1. Die verschiedenen Vermögensmassen	167
2. Auseinandersetzung	169
3. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten	169
IV. Deutsch-Französischer Wahlgüterstand	170
1. Anwendungsbereich des neuen Wahlgüterstandes	170
2. Verfügungsbeschränkung Familienwohnung	170
3. Erbrechtliche Auswirkungen	171
a) Kein erbrechtliches Viertel	171
b) Anspruch gegen überlebenden Ehegatten	172
c) Erbschaftsteuer	172
4. Vereinbarung der deutsch-französischen Wahl-Zugewinn-gemeinschaft	172
V. Eigentums- und Vermögensgemeinschaft	173
1. Überleitung	173
2. Rückübertragungsansprüche	173
B. Das reformierte Unterhaltsrecht	174
I. Die Unterhaltsansprüche nach der Reform	174
1. Wichtigste Gesetzesänderungen	174
2. Auswirkungen auf die Vertragspraxis	175
II. Unterhaltstatbestände	176
1. Familienunterhalt/Trennungsunterhalt/Nachehelicher Unterhalt	176
2. Unterhalt wegen Kindesbetreuung	177
a) Allgemeine Voraussetzungen	177
b) Basisunterhalt	177
c) Kindbezogene Verlängerung	177
d) Elternbezogene Verlängerung	178
3. Unterhalt wegen Alters	179
4. Unterhalt wegen Krankheit	179
5. Unterhalt bis zur Erlangung angemessener Erwerbstätigkeit	179
6. Aufstockungsunterhalt	179
7. Sonstige Unterhaltsansprüche	180
III. Allgemeine Voraussetzungen des Unterhalts	180
1. Bedarf nach den ehelichen Lebensverhältnissen	180
2. Bedürftigkeit des Berechtigten	182
3. Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	183

4. Keine Ausschluss- oder Beschränkungsgründe	184
a) Erlöschen des Unterhaltsanspruchs	184
b) Ausschluss des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit	185
c) Beschränkung des Unterhalts nach § 1578b BGB	185
IV. Typische Unterhaltsvereinbarungen	186
1. Vollständiger Verzicht der Doppelverdienerin ohne Kinderwunsch	187
2. Unterhaltshöchstgrenze in der Diskrepanz	187
3. Herausnahme dynastischen Vermögenseinkommens	188
C. Versorgungsausgleichsrecht	189
I. Die Reform des Versorgungsausgleichsrechts	189
1. Grundprinzipien des VersAusglG	189
2. Abschaffung des Einmalausgleichs	190
II. Die Anrechte	190
1. Allgemeine Voraussetzungen nach § 2 VersAusglG	190
2. Neu: Kapitalrechte im Versorgungsausgleich	191
III. Die Ausgleichsformen	193
1. Grundsätze der Ausgleichsformen, § 9 VersAusglG	193
2. Interne Teilung	193
3. Externe Teilung	194
a) Auf Wunsch des Versorgungsträgers	195
b) Aufgrund einer Vereinbarung	195
c) Aufgrund öffentlich-rechtlichem Dienst- oder Amtsverhältnis	196
d) Wahl der Zielversorgung und Vollzug	197
4. Verrechnung	199
5. Teilungskosten	199
IV. Der korrespondierende Kapitalwert	200
1. Die gesetzliche Regelung	200
2. Berechnung	200
3. Tauglichkeit	201
V. Ausnahmen vom Versorgungsausgleich	202
VI. Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	203
1. Mehr Disposition	203
2. Form	204
3. Beispiele für Vereinbarungen	206
a) Vollständiger Verzicht	206
b) Verzicht bei Unternehmen mit einseitigem Rücktrittsrecht des Nichtunternehmers	207
c) Verrechnungsvereinbarung zweier Landesbeamter	208
D. Ansprüche außerhalb des Familienrechts	208
I. Ehegatteninnengesellschaft	209
1. Gesellschaftsrechtliche Lösungen im Familienrecht	209
a) Rechtsprechung	209
b) Voraussetzungen	209
2. Rechtsfolgen	210
a) Ausgleichsanspruch	210
b) Selektiver vorzeitiger Zugewinnausgleich	211
3. Problemfelder	211
a) Wille zur Gesellschaftsgründung?	211
b) Wirkliche Anwendung des Gesellschaftsrechts	212
c) Erbschaftsteuer	212
d) Mitunternehmerschaft	213

II. Störung der Geschäftsgrundlage	214
1. Ehegattenzuwendungen – bzw. Mitarbeit	214
2. Güterstandsbezogene Voraussetzungen	215
3. Anspruchsinhalt	216
III. Miteigentum	216
1. „Güterstand“ der Miteigentümergeinschaft	216
2. Miteigentum nach Trennung	217
3. Bankkonten	217
a) Einzelkonto	218
b) Gemeinschaftskonto	219
c) Wertpapierdepot	221
IV. Gesamtschuldnerausgleich	222
1. Der Anspruch auf Gesamtschuldnerausgleich	222
2. Verhältnis zu anderen familienrechtlichen Ansprüchen	223
V. Sonstige Verträge zwischen Ehegatten	224
E. Steuerliche Themen rund um die Ehe	224
I. Veranlagung der Ehegatten und Gesamtschuld	224
1. Zustimmungspflicht zur Zusammenveranlagung	224
2. Das Innenverhältnis der Gesamtschuldner	226
3. Die Steuererstattung bei Ehen in der Krise	226
II. Zugewinnausgleich und Steuern	227
1. Erbrechtliche Ausgangssituation	228
2. Die fiktive Zugewinnausgleichsforderung und ihre Einschränkungen	229
3. Die reale Zugewinnausgleichsforderung	230
4. Die deutsch-französische Wahl-Zugewinnngemeinschaft	232
III. Der Unterhalt im Steuerrecht	232
1. Außergewöhnliche Belastung nach § 33a EStG	232
2. Begrenztes Realsplitting, §§ 10 Abs. 1 Nr. 1, 22 Nr. 1a EStG	233
a) Voraussetzungen	233
b) Anspruch auf Zustimmung	234
c) Nachteilsausgleich – kein Vorteilsausgleich	234
d) Steuerliche Optimierung	236
IV. Leistungsfähigkeit bei Gewinneinkünften	237
1. Steuerbilanz versus Unterhaltsbilanz	237
2. Abschreibungen im Unterhaltsrecht	238
a) Korrekturen im Unterhaltsrecht	239
b) Verbindlichkeiten	240
3. Entnahmen als Ersatzmaßstab?	240
4. Änderungen nach Trennung	241
a) Investitionen	241
b) Personal	242
c) PKW	242
d) Rückstellungen	243
5. Steuern und Vorsorgeaufwendungen	243
a) Steuern	243
b) Vorsorgeaufwendungen	244
V. Versorgungsausgleich und Steuern	245
1. Die Besteuerung beim neuen Versorgungsausgleichsrecht	245
2. Die interne Teilung	245
a) Kein Abzug der Minderung	245
b) Besteuerung des Leistungszuflusses	245

3. Besteuerung der externen Teilung	246
a) Einfluss der Besteuerung auf das materielle Recht	246
b) Besteuerung des Wertausgleichs	247
c) Besteuerung des Leistungszuflusses	247
4. Schädliche Verwendung geförderter Altersvorsorgevermögens	248
5. Ausgleich nach Scheidung	248
a) Grundzüge und Zahlungsformen	248
b) Korrespondenzprinzip	248
6. Wiederauffüllungszahlungen	249
7. Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	250
F. Der Ehevertrag	252
I. Voraussetzungen und Ziele eines Ehevertrages	252
1. Begriff des Ehevertrages	252
2. Form des Ehevertrages	252
3. Ziel des Ehevertrages	254
II. Inhaltskontrolle von Eheverträgen	255
1. Begründung einer Inhaltskontrolle von Eheverträgen durch das BVerfG	255
2. Inhaltskontrolle	255
3. Ausschluss ehebedingter Nachteile	256
4. Die „alte Sittenwidrigkeitsrechtsprechung“	256
5. Einzelne Aspekte der Inhaltskontrolle	257
6. Verfahren der Inhaltskontrolle	260
7. Stand der Inhaltskontrolle	261
III. Schenkungsteuerliche Optimierung durch Eheverträge	261
1. Auswahl des Güterstandes aus schenkungsteuerlicher Sicht	261
2. Güterstandswechsel	262
a) Güterstandsschaukel mit Zugewinnausgleich	263
b) Vereinbarung der Gütertrennung mit Anrechnung von vorab erfolgten Zuwendungen	263
3. Inhaltskontrolle als Ausrede	263
IV. Musterformulierungen	263
1. Allgemeine Klauseln im Ehevertrag	264
a) Präambel	264
b) Allgemeine Nachteilsausgleichsklausel	264
c) Salvatorische Klausel	265
d) Belehrung	265
e) Abgeltungsklausel	266
2. Modifizierte Zugewinnngemeinschaft mit Zugewinnngrenze bei Tod	266
3. Zugewinnverzicht gegen Kompensation	267
4. Unterhaltsverzicht eingeschränkt wegen des Versorgungsausgleichs	268
5. Vereinbarung zum Realsplitting	269
V. Kosten	269
1. Der Geschäftswert eines Ehevertrages	269
2. Sonstige ehevertragliche Vereinbarungen	271
3. Abschluss, Änderung und Aufhebung eines Ehevertrages	271
4. Der Ehevertrag und andere Erklärungen	272
5. Die Scheidungsvereinbarung	272
4. Teil. Scheidung und Scheidungsvereinbarungen	273
A. Das Scheidungsverfahren	274
I. Die materiellen Voraussetzungen der Scheidung	274

1. Scheidungsgrund – Scheitern der Ehe	274
2. Scheidungshürde – Getrenntleben	275
3. Kein Scheidungshindernis – Härteklausele	276
II. Das Scheidungsverfahren nach dem FamFG	277
III. Kosten der Scheidung und ihre steuerliche Berücksichtigung	279
B. Scheidungsvereinbarungen	280
I. Ehenwohnung	280
1. Gesetzliche Regelung bei Trennung und Scheidung	280
2. Vertragliche Vereinbarung mit Eigentumsregelung	282
3. Vertragliche Vereinbarung dauernder Gemeinschaft	283
4. Einbindung in den Gesamtzusammenhang	284
II. Haushaltsgegenstände	284
1. Gesetzliche Regelung bei Trennung und Scheidung	284
2. Vertragliche Regelungsmöglichkeiten	285
III. Güterstand und Vermögensausgleich	286
1. Güterstandsregelungen	286
2. Sonstiger Vermögensausgleich	287
IV. Ehegattenunterhalt	287
V. Kindesunterhalt	289
1. Gesetzliche Regelungen	289
2. Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	291
VI. Versorgungsausgleich	292
VII. Elterliche Sorge und Umgang	295
1. Die gesetzliche Rechtslage	295
2. Vereinbarungen zu Sorge- und Umgangsrecht	295
VIII. Allgemeine Regelungen	296
IX. Aufhebung erbrechtlicher Verfügungen und Erbverzicht	297
1. Das gesetzliche Erbrecht bei Scheidung	297
2. Auswirkung der Scheidung auf erbrechtliche Verfügungen	298
3. Aufhebung erbrechtlicher Verfügungen, Widerruf von Vollmachten	300
4. Erbverzicht	300
5. Erbvertrag mit Verfügungsunterlassung	301
X. Alleinige Erbregelung nach der Scheidung	301
1. Der geschiedene Ehegatte als erbrechtlicher Profiteur	301
2. Das Geschiedenentestament als notwendige Maßnahme	302
XI. Kosten	302
C. Die Zuwendungen Dritter im Rahmen der Scheidung	303
I. Zuwendungen Dritter – Regelung bei der Zuwendung	303
II. Neue Rechtsprechung des BGH zur Schwiegerelternzuwendung	304
1. Zuwendungen an Kind und Schwiegenderkind	304
2. Zuwendungen an das Schwiegenderkind – BGH	306
III. Rückerstattungs- und Freistellungsvereinbarung bei Scheidung	307
D. Steuerliche Besonderheiten bei der Scheidung	307
I. Vereinbarungen	308
1. Auseinandersetzungsvereinbarung	308
2. Übertragung zur Abgeltung des Zugewinns	309
3. Anrechnung auf den Zugewinn nach § 1380 BGB	310
4. Ausweichgestaltungen	311
II. Veräußerungsgewinn nach § 23 EStG	312
1. Der Tatbestand des § 23 EStG	312

2. Fallgruppen in der Scheidungsvereinbarung	314
a) Beispiel I: Übertragung als Abgeltung für Zugewinn	314
b) Beispiel II: Übertragung als Abgeltung für Zugewinn und Unterhalt	314
c) Beispiel III: Übertragung als Abgeltung für Zugewinn teilentgeltlich	315
d) Beispiel IV: Übertragung zum Einstandspreis, aber teilentgeltlich	315
e) Beispiel V: Realteilung privaten Miteigentums	315
3. Ausnahmen bei Eigennutzung	316
III. Auswirkung der neuerdings vertretenen modifizierten Trennungstheorie?	317
5. Teil. Recht der Minderjährigen	319
A. Die Vertretung der Minderjährigen	320
I. Der Minderjährige im Rechtsverkehr	320
1. Geschäftsunfähigkeit	320
2. Beschränkte Geschäftsfähigkeit	320
3. Unbeschränkte Geschäftsfähigkeit	323
II. Elterliche Vertretungsmacht	324
1. Die gemeinsame elterliche Sorge miteinander verheirateter Eltern	324
2. Die elterliche Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern	324
3. Gerichtliche Sorgerechtsentscheidungen	324
4. Die gesetzliche Vertretung des Kindes	324
III. Ausschluss der elterlichen Vertretungsmacht	325
1. Die Systematik des Interessenkonfliktes	325
2. Das Insichgeschäft	326
3. Ausnahmen vom Verbot des Insichgeschäfts	327
a) Erfüllung einer Verbindlichkeit	327
b) Lediglich rechtlicher Vorteil	328
c) Gestattung	328
4. Sonstige Handlungsverbote	328
IV. Familiengerichtliche Genehmigung	329
1. Erfordernis einer familiengerichtlichen Genehmigung	329
2. Einzelfälle der familiengerichtlichen Genehmigung	330
a) Grundstücksgeschäfte, §§ 1643 Abs. 1, 1821 BGB	330
b) Gesamtvermögensgeschäfte, §§ 1643 Abs. 1, 1822 Nr. 1 BGB	332
c) Erwerbsgeschäft und Gesellschaftsvertrag, §§ 1643 Abs. 1, 1822 Nr. 3 BGB	332
d) Verpflichtung zu wiederkehrenden Leistungen, §§ 1643 Abs. 1, 1822 Nr. 5 BGB	334
e) Ausschlagung von Erbschaft oder Vermächtnis, § 1643 Abs. 2 BGB	334
f) Pflichtteils- und Erbverzicht, §§ 2346 Abs. 2, 2347 Abs. 1 S. 1 BGB	336
g) Sonstige Tatbestände	336
B. Die Bestellung von Ersatzvertretern	337
I. Bestellung von Ergänzungspflegern	337
II. Pflichtenkreis eines Ergänzungspflegers	338
III. Vertretungsverbote für Ergänzungspfleger	338
IV. Familiengerichtliche Genehmigung	339

6. Teil. Abstammung, Adoption	341
A. Abstammungsrechtliche Fragen	341
I. Entwicklung des Abstammungsrechts	341
II. Mutterschaft	343
III. Vaterschaft	343
1. Regelung der rechtlichen Vaterschaft	343
2. Vaterschaftszurechnung aufgrund Ehe nach § 1592 Nr. 1 BGB	344
3. Anerkennung der Vaterschaft nach § 1592 Nr. 2 BGB	344
4. Gerichtliche Feststellung der Vaterschaft nach § 1592 Nr. 3 BGB	346
5. Anfechtung der Vaterschaft	346
6. Biologische Vaterschaft	347
IV. Künstliche Befruchtung	348
B. Adoption	349
I. Adoption Minderjähriger	349
1. Voraussetzungen	349
2. Rechtsfolgen im Hinblick auf die Verwandtschaft	351
3. Sonstige Rechtsfolgen	351
II. Erwachsenenadoption	352
1. Voraussetzungen	352
2. Rechtsfolgen im Hinblick auf die Verwandtschaft	355
a) Schwache Adoption	356
b) Starke Adoption	356
3. Sonstige Rechtsfolgen	356
III. Steuerliche Folgen	357
1. Erbschaftsteuer	357
2. Einkommensteuer	358
3. Sonstige Steuerfolgen	358
7. Teil. Patchworkfamilie	359
A. Zivilrechtliche Regelungen für die Patchworkfamilie im BGB	359
I. Der Familienbegriff	359
II. Das kleine Sorgerecht, §§ 1687b BGB, § 9 LPartG	362
1. Voraussetzungen	362
2. Rechtsfolgen	364
3. Lebenspartnerschaft	365
III. Das Umgangsrecht, § 1685 Abs. 2 BGB	365
IV. Die Verbleibensanordnung, § 1682 BGB	367
V. Die Einbenennung, § 1618 BGB, § 9 Abs. 5 LPartG	368
VI. Sonstige Regelungen zugunsten von Stiefkindern	370
B. Erbrechtliche Probleme in der Patchworkfamilie	370
I. Erbrechtliche Regelungsziele in der Patchworkkonstellation	370
II. Störpotential	371
1. Zufällige Erbfolge	371
2. Pflichtteil einseitig gegenüber leiblichem Elternteil	371
3. Elternpflichtteil	371
4. Pflichtteil und Zugewinnanspruch des Ehegatten	372
5. Fortgeltung früherer Erbverträge oder gemeinschaftlicher Testamente	372
6. Abänderungsbefugnis des Überlebenden	373
7. Unklare Ausdrucksweise in eigenhändigen Testamenten	373
III. Lösungsmöglichkeiten	374

C. Die Patchworkfamilie im Steuerrecht	375
I. Einkommensteuer	375
II. Erbschaftsteuer	376
III. Grunderwerbsteuer	377
8. Teil. Eingetragene Lebenspartnerschaft	379
A. Das Regelungskonzept der Eingetragenen Lebenspartnerschaft	379
I. Die gleichgestellte „Eingetragene Lebenspartnerschaft“	379
1. Vorbemerkung	379
2. Konzept der mit der Ehe gleichgestellten Eingetragenen Lebenspartnerschaft	380
II. Die zivilrechtlichen Wirkungen der Eingetragenen Lebenspartnerschaft	382
1. Zugewinnngemeinschaft	382
2. Unterhalt	382
3. Versorgungsausgleich	383
4. Lebenspartnerschaftswohnung	383
5. Haushaltsgegenstände	383
6. Lebenspartnerschaftsname	384
7. Verwandtschaftsverhältnisse	384
III. Begründung einer Lebenspartnerschaft	384
IV. Aufhebung einer Lebenspartnerschaft	385
B. Verträge der Eingetragenen Lebenspartnerschaft	386
I. Die familiäre Eingetragene Lebenspartnerschaft	386
II. Die Eingetragene Lebenspartnerschaft zweier gleicher Partner	387
III. Sonstige Konstellationen der Eingetragenen Lebenspartnerschaft	387
C. Die Eingetragene Lebenspartnerschaft im Steuerrecht	388
I. Entwicklung	388
II. Einkommensteuerrecht	388
III. Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht	389
IV. Sonstiges	390
9. Teil. Nichteheliche Lebensgemeinschaften	391
A. Ansprüche aus nichtehelicher Lebensgemeinschaft	392
I. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft	392
II. Sondervorschriften	393
III. Gesetzliche Ansprüche	394
1. Eherechtsvorschriften analog?	394
2. Die Zusammenlebensgemeinschaft	394
3. Trennungsbedingte Ansprüche nach BGH	396
a) Ältere Rechtsprechung	396
b) Rechtsprechungswandel	396
c) Beendigungsgründe	398
d) Regelungsnotwendigkeit	399
4. Unterhalt und Altersvorsorge	399
IV. Gemeinsame Kinder	400
B. Der Partnerschaftsvertrag einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft und sonstige Regelungen	401
I. Partnerschaft auf Probe	402
II. Partnerschaft mit Vermögensverflechtung	402
1. Vermögensregelungen	403

2. Unterhalt	404
3. Altersversorgung	405
4. Erbrechtliche Regelungen	405
III. Vollmachten	407
C. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft im Steuerrecht	407
I. Einkommensteuer	407
1. Splittingtarif	407
2. Unterhaltsleistungen	408
3. Keine Angehörigen nach § 15 AO	409
4. Sonstiges	409
II. Erbschaft- und Schenkungsteuer	410
1. Steuerklasse und Freibeträge	410
2. Unterhaltszahlungen	410
3. Darlehen	412
4. Immobilienfinanzierung	413
5. Steuerfreistellungen	414
6. Sonstiges	415
III. Grunderwerbsteuer	415
10. Teil. Vorsorgevollmachten	417
A. Die Notwendigkeit einer Vorsorgevollmacht	418
I. Das gesetzliche Konzept der Betreuung	418
II. Probleme bei der Notwendigkeit einer Betreuung	419
1. Ausschluss von der Vertretungsmacht in der Familie	419
2. Genehmigungsbedürftigkeit	419
3. Bestellungsphase	419
4. Rechtsstellung des Betreuers im Unternehmen	420
5. Vorsorgevollmacht im Privatbereich	421
III. Betreuungsverfügung und Patientenverfügung	421
B. Der Inhalt einer Vorsorgevollmacht	422
I. Die Person des Bevollmächtigten	422
II. Die Vertretungsbefugnisse – das Außenverhältnis	423
III. Der Auftrag – das Innenverhältnis	423
1. Innenverhältnis als gesonderter Regelungsbereich	423
2. Empfehlenswerte Regelungen	424
IV. Aufgabenbereiche	425
1. Vermögenssorge	425
2. Gesundheitsorge und Aufenthalt	425
3. Nachlassvollmacht	426
V. Besonderheiten im Unternehmensbereich	427
1. Personengesellschaften	427
2. Kapitalgesellschaften	429
3. Inhalt der unternehmerischen Vollmachten	429
VI. Vorsorgevollmacht und Steuerrecht	432
1. Schenkung mit transmortaler Vollmacht nach dem Tod	432
2. Vorsorgevollmacht und wirtschaftliche Zurechnung	432
3. Vorsorgevollmacht des Steuerberaters	433
C. Die Sicherung des Vollmachtgebers	433
I. Keine krankheitsbedingte Vollmacht	433
1. Die Krankheitsbedingung	433
2. Die Bescheinigungsbedingung	434

II. Form und Aushändigungssperre	434
1. Form der Vorsorgevollmacht	434
2. Registrierung der Vorsorgevollmacht	436
3. Aushändigungssperre	436
III. Kontrolle	437
1. Kontrollbevollmächtigte	438
2. Widerruf	438
3. Gerichtliche Kontrolle – Betreuerbestellung	438
IV. Formulierungsvorschlag	439
11. Teil. Gesellschaftsrecht	443
A. Familienpoolgesellschaften	444
I. Die Familienpoolgesellschaft	444
1. Gestaltungsziele	444
2. Konfliktpotential	445
3. Typische Gestaltungen	446
a) Klauseln im Gesellschaftsvertrag	446
aa) Geschäftsführung und Vertretung	446
bb) Kündigung	446
cc) Vinkulierung	447
dd) Nachfolgeklausel	448
ee) Abfindungs- und Entnahmebeschränkungen	450
ff) Ausschlussklauseln	453
b) Übertragung	454
II. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	456
1. Teilrechtsfähigkeit	456
2. Grundstruktur	457
3. Vor- und Nachteile	457
III. Kommanditgesellschaft	458
IV. GmbH & Co. KG	459
V. Kapitalgesellschaft	460
VI. Die vermögensverwaltende Gesellschaft im Steuerrecht	461
1. Die Bruchteilsbetrachtung	461
2. Familiensplitting und Grenzen	462
3. Vorteilhafte steuerliche Gestaltungen	463
4. Schenkungsteuer bei Ausscheiden aus Personengesellschaft	464
VII. Vergleich der Rechtsformen	465
B. Ehegattengesellschaften	469
I. Außengesellschaft	469
II. Ehegatteninnengesellschaft	470
C. Güterstandsklauseln	472
I. Anlass	472
II. Kritik	473
III. Inhalt	473
IV. Form	474
V. Formulierung	474
Stichwortverzeichnis	477